

Mein Abenteuer Universitätsgründung begann im August 1971. Als Verwaltungsbeamtin sollte ich die kleine Geschäftsstelle des Gründungsausschusses für die Universität Oldenburg leiten, zunächst ohne Arbeitszimmer, sehr unsicher, aber hoch motiviert. Die 15 Gründer, die ich organisatorisch und verwaltungsmäßig unterstützen sollte, kamen alle drei Wochen zusammen, jeweils fünf Studenten, Hochschullehrer, Assistenten aus Hannover, Braunschweig, Göttingen und Oldenburg. Die Landesregierung hatte ihnen die Herkulesaufgabe der Gründung einer Universität in Oldenburg anvertraut, sie per Erlass mit Selbstverwaltungsrechten und einem experimentellen Spielraum ausgestattet. Dieser beachtliche Grad an Selbständigkeit war zuvor keinem Gründungsorgan einer Universität eingeräumt worden – eine gute Voraussetzung also, alternative Modelle und Reformen

in, die Gründer\_innen gingen respektvoll miteinander um. Sie stritten viel, meistens vertrugen sie sich wieder. Sie waren jung, begeistert und sachkundig. Viele hielten durch, drei Jahre lang, einige wenige warfen das Handtuch und traten zurück. Ideologisch begründete Rücktritte wurden von der Presse aufgenommen, um gegen das „Sandkastenmodell“ in Oldenburg Stimmung zu machen.<sup>1</sup> Das politische Spektrum im Gründungsausschuss reichte von rechtsliberal bis links außen. Das gemeinsame Ziel war, in der unterentwickelten Region eine leistungsfähige Universität aufzubauen, die Lehrerbildung grundlegend zu reformieren, neue Formen und Inhalte des Studiums zu realisieren. Praxisbezug, interdisziplinäres Projektstudium, Studium ohne Abitur, gleichberechtigte Mitbestimmung – das waren nur einige der Stichworte und Streitthemen, um die es immer wieder

## Von der Schwierigkeit, eine Uni zu gründen

Helga Wilhelmer

durchzusetzen. Die exotische „drittelparitätische“ Zusammensetzung des Gründungsgremiums war der Gegenentwurf zur Ordinarienuniversität und wichtiger Bestandteil der Reformvorstellungen. Zwei Jahre später wurde die „Drittelparität“ durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgeschafft und der Hochschullehrergruppe die Mehrheit der Sitze zugebilligt. Die Aufstockung von 15 auf 22 Mitglieder hatte den willkommenen Nebeneffekt, dass zwei Frauen in den männlichen Gründungsausschuss berufen wurden. Das Ende der reinen Männerdomänen war in Sicht, der Geschlechterkampf konnte beginnen. Ob Wissenschaftler\_in, Dienstleister\_in oder Student\_in,

ging.<sup>2</sup> Die Akteure\_innen arbeiteten Tag und Nacht, früh Feierabend machen war verpönt. Sie mussten viel Sitzfleisch mitbringen, denn der Gründungsausschuss tagte in der Regel drei Tage hintereinander. Vom März 1971 bis Februar 1974 fanden 47 Sitzungen statt. Hinzu kamen Ausschüsse, Berufungsverfahren, Gespräche mit dem Bund, dem Land, der Stadt, mit Verbänden, Wissenschaftsorganisationen und mit der Presse.



### Gründung im Ehrenamt und im Widerstand

Viel Geld wollte die Landesregierung für die Gründung einer Universität in Oldenburg nicht ausgeben, zumal zeitgleich in der nur 100 Kilometer entfernten Stadt Osnabrück eine weitere Universität errichtet werden sollte. Das hauptamtliche Team bestand aus vier Sekretärinnen, vier Planern und einer Verwaltungsleitung. Das Land setzte auf die Leidenschaft der Reformer\_innen und damit auf das Neben- und Ehrenamt, das von Ausnahmen abgesehen nichts kostete. Über 200 ehrenamtlich tätige Angehörige der örtlichen Pädagogischen Hochschule, der Fachhochschule und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen waren an dem Gründungsprozess beteiligt. Mit dem Engagement der Akteur\_innen wurde ein beachtliches Potenzial von planerischem Sachverstand zusammengebracht. In zahlreichen Kommissionen wurden die Besetzungen des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals bearbeitet. Geplant wurden eine Bibliothek, eine Verwaltung, ein Rechenzentrum, Werkstätten, Labore, soziale und weiterbildende Einrichtungen. Die inhaltlichen Festlegungen der neuen Diplomstudiengänge, der Einphasigen Lehrerbildung,

der Organisationsstrukturen der Wissenschaft und der Dienstleistungen sowie der Schwerpunkte der Forschungsstand an. Eine der größten Herausforderungen war die Bauplanung. Die neue Hochschule sollte nicht als isolierte Universitätsstadt vor den Toren Oldenburgs errichtet werden. Eine enge Verzahnung mit den Wohngebieten, den Schulen und der Pädagogischen Hochschule wurde angestrebt. Der Endausbau der Studienplätze bis 1985 wurde mit 20.000 Studierenden veranschlagt – dies blieb ein „Wolkenkuckuckstraum“.

Nach kurzer Einarbeitungszeit kam der Paukenschlag aus Hannover. Die Baumaßnahmen für die Universitäten Oldenburg und Osnabrück wurden zurückgestellt und die für 1972 zugesagten 21 Planstellen und Sachmittel gestrichen. Der Protest mit einer Kundgebung in der Oldenburger Innenstadt war ein Erfolg, über 3.000 Teilnehmer\_innen waren gekommen. Die Kürzungen wurden zum Teil zurückgenommen, jedoch schrumpfte die Zuversicht, innerhalb kürzester Zeit eine Universität aufbauen zu können.

Das konservative Bürgertum Oldenburgs stellte sich gegen die Gründung und versuchte, durch Landtagsab-

15 Empfang des Gründungsausschusses bei der Stadt Oldenburg, 1971



16 Demonstration in der Innenstadt Oldenburgs für die Gründung einer Universität, 1970

geordnete den Prozess zu beeinflussen. Im Landtag wurde mit dem Instrument der Kleinen Anfrage die „politisch einseitige Ausrichtung des Gründungsausschusses“<sup>3</sup> beklagt.<sup>4</sup> Auch die örtliche Presse mischte sich ein. Unter der Überschrift „Klares Konzept für Inhalt der Oldenburger Universität fehlt – Die Wege zeichnen sich nur schemenhaft ab“<sup>5</sup> wurde in einem mehrseitigen Bericht die kontroverse Diskussion zwischen dem Vorstand des Gründungsausschusses und zwei zurückgetretenen Mitgliedern nachgezeichnet. Den Gründer\_innen war bewusst, wie wichtig die Unterstützung der Bevölkerung war. Sie versuchten, mit der Broschüre „Reformuniversität Oldenburg – Ein Modell wird zur Alternative“ die Ziele und Konzepte zu erklären. Hilfreich war der gute Kontakt zu den Lehrenden der Pädagogischen Hochschule, die große Verdienste im Kampf um die Gründung einer Universität erworben hatten. Der Kontakt zu den Lehrenden der Fachhochschule Oldenburg und der Plan, die Universität als Integrierte Gesamthochschule zu errichten, gestalteten sich schwieriger. Entgegengesetzte Interessen und fehlende politische Vorgaben der Landesregierung führten letztlich zum Scheitern dieser Idee. Kürzungen, Baustopp und Misstrauen hielten über die Gründungszeit hinaus an. Das Gespenst von der roten Kaderschmiede ging um, und die Vorurteile führten dazu, dass der Name Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 17 Jahre lang nicht genehmigt wurde.

Nach drei Jahren intensiver Gründungsarbeit mit einem guten Schuss Widerstand konnte sich das Ergebnis sehen lassen. Die Pädagogische Hochschule wurde qua Gesetz integriert, und im April 1974 öffnete eine Reformuniversität mit einem bemerkenswerten wissenschaftlichen Profil ihre Tore. Dem Druck von außen zu widerstehen und dennoch gute Arbeit abzuliefern, erforderte neben der fachlichen Kompetenz Langmut und Humor. Legendar ist die Geschichte, dass der Professor Dr. Christian Graf von Krockow und der Student Detlef Roßmann während der langen, manchmal ermüdenden Sitzungen des Gründungsausschusses „Schiffchen versenken“ spielten. Bei zu lauten Ansagen der versenkten Schiffe mussten sie Rügen des Vorsitzenden einstecken. Im Protokoll der letzten Sitzung wurde als versöhnlicher Abschluss vermerkt:

„TOP 16.4

Erfolgsmeldung beim Schiffchenversenken

Graf Krockow und Roßmann sind nicht in der Lage, über die Ergebnisse zu berichten, da die Ausschussarbeit sie zu sehr belastet hat.

TOP 16.5

Der Gründungsausschuss löst sich auf.“<sup>6</sup>